

# Komplott Bonn-Moskau *Verrat an der DDR*

\*\*\*

**Für ein sozialistisches Deutschland!**  
*Erklärung zur nationalen Frage*



**KPD/ML**

Magdeburg, 2005

## **Komplott Bonn-Moskau Verrat an der DDR**

**Nicht Gorbatschow war es, der mit der Existenz der DDR spielte, sie als Schachfigur behandelte.**

**Bereits die Chruschtschowianer verrieten die DDR:**

In seinem politischen Tagebuch „Die Supermächte“, (Tirana, 1986) schrieb Genosse Enver Hoxha über die DDR u.a.:

### **11. August 1967**

All diese Verräter (die Revisionisten) schwören Stein und Bein, sie würden die Deutsche Demokratische Republik verteidigen, doch in Wahrheit bereiten sie ihr das Grab. Das Demokratische Deutschland seinerseits bleibt hinter den anderen revisionistischen Ländern auch nicht zurück; seine ökonomischen Verbindungen mit Bonn hat es breit entwickelt. Diese werden eines Tages auch zu politischen Bindungen führen, auch zur Vereinigung der beiden Deutschland auf kapitalistischen Weg.

(S. 230/231)

### **6. Januar 1968**

(...) Bonns Politik gegenüber dem Osten: Das oberste Ziel Bonns ist es, die Deutsche Demokratische Republik zu schlucken, daß heißt die Vereinigung Deutschlands unter uneingeschränkter Herrschaft Bonns. Die Bundesrepublik Deutschland arbeitet intensiv in dieser Richtung, ihr Ziel hat sie aber noch nicht erreicht.

(...)

Mit Ausnahme von Albanien verraten jetzt alle die Deutsche Demokratische Republik. Sie wird allmählich isoliert und verkommt zu einer Schachfigur in der sowjetrevisionistischen Politik der Verrats.

\*\*\*

# **Der sowjetisch-deutsche Vertrag**

## **Ein gefährliches Komplott gegen die Völker Europas und der ganzen Welt**

Artikel aus "Zeri i Popullit", Zentralorgan der Partei der Arbeit Albanien, vom 22. August 1970

Die langen Verhandlungen zwischen den sowjetischen Revisionisten und den deutschen Revanchisten wurden vor kurzem in Moskau mit der Unterzeichnung eines einfach „Vertrag zwischen der UdSSR und der BRD“ genannten Paktes abgeschlossen. Nun will man in Moskau und in Bonn gar nicht aufhören, die Glocken zu läuten, um „die Wendung“ in den sowjetisch-deutschen Beziehungen zu feiern und die „vernünftige“ Politik und „friedensbringende“ Rolle der Moskauer Führer und ihrer westdeutschen Kollegen in den Himmel zu heben. Die Staatsführer beider Länder, die Diplomaten, die Journalisten und alle Massenmedien wurden in Bewegung gesetzt, um der Menschheit weiszumachen, der sowjetisch-deutsche Vertrag kennzeichne das „größte historische Ereignis“ in Europa nach dem 2. Weltkrieg, eine „echte Versöhnung“ zwischen den beiden großen Feinden sei zustande gekommen, für unseren alten Kontinent sei nun endlich der Weg zu „dauerndem Frieden“ gebahnt worden. Man ist zugleich bemüht, die Gelegenheit auszunützen, um den Völkern Europas und der Welt aufzuschwatzen, die größten Mächte in Europa, die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland, würden nicht nur die bestehenden Grenzen aller europäischen Länder als unantastbar anerkennen und sich feierlich verpflichten, auf jede Gewaltanwendung gegeneinander zu verzichten, sondern seien nun auch „höchste Bürgen“, wie Kossygin sich ausdrückte, „für die Erhaltung der Stabilität und der Ruhe auf dem europäischen Kontinent“.

Würde man das nunmehrige sowjetisch-deutsche Abkommen von der Außen- und Innenpolitik beider Länder losgelöst betrachten, würde man nur die Buchstaben des Vertrages und nicht sein Wesen, seinen Geist betrachten, so könnte man den schönen Worten vielleicht sogar glauben, die man jetzt aus Moskau und Bonn zu hören bekommt. In Europa sind aber noch nicht die Wunden der alten Illusionen verheilt, es leidet noch immer an den Folgen des Glaubens an die „feierlichen“ Versprechungen und Versicherungen der Vergangenheit und kann es sich daher nicht leisten, wieder solchen Illusionen wie in den Dreißiger Jahren zu erliegen und neuen hohlen Versprechungen Glauben zu schenken.

Sogar Hitler hatte einmal erklärt, er werde niemals andere Länder angreifen, er hatte mit allen Ländern, die er dann doch überfiel, sogar „Nichtangriffspakte“ unterzeichnet - dennoch zögerte er keine Sekunde, Österreich auszulöschen und Frankreich zu besetzen, sich eine Reihe kleiner europäischer Länder einzuverleiben und die Sowjetunion zu überfallen. Die europäischen Großmächte hatten sich damals vor aller Welt, schriftlich und mündlich, verpflichtet gehabt, die „bestehenden Grenzen“ der europäischen Staaten mit allen Mitteln zu beschützen. Als es aber zum Handeln kam, billigten sie die Okkupation Österreichs, unterzeichneten sie das Münchner Abkommen zur Aufopferung der Tschechoslowakei, sahen sie ruhig zu, wie Albanien durch den Faschismus überfallen wurde und so weiter.

Allgemein betrachtet, stellt dieser Vertrag ein Abkommen zwischen den beiden neuen imperialistischen Mächten dar, abgeschlossen im Rahmen der sowjetisch-amerikanischen Globalstrategie, zur Festigung ihrer Herrschaftspositionen und Einflussbereiche in Europa und um die Schwertspitze ihrer Aggressionen nach Asien zu richten. Die Lösung der Deutschlandfrage, eine der wichtigsten, umstrittenen Fragen, eine vom 2. Weltkrieg hinterlassene und mit den Geschicken unseres ganzen Kontinents eng zusammenhängende Schlüsselfrage, ist Gegenstand fortwährender Sorgen der Völker Europas. Mit besonderer Aufmerksamkeit haben sie alle positiven und negativen Schritte verfolgt, die in den vergangenen 25 Jahren auf diesem Gebiet getan wurden. In vieler Hinsicht diente die Deutschlandfrage als ein Barometer, um den steigenden oder fallenden politischen Luftdruck in Europa zu messen.

So ergibt sich die Frage: Dient der zwischen Moskau und Bonn unterzeichnete Vertrag der gerechten, richtigen Lösung der Deutschlandfrage und der Gewährleistung wirklicher Sicherheit in Europa?

In dem am 12. August 1970 in Moskau unterzeichneten Abkommen, wie auch in den vielen Reden und Erklärungen der sowjetischen und westdeutschen Führer zu diesem Ereignis wird von der Notwendigkeit des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland nicht nur keinerlei Erwähnung, sondern nicht einmal die geringste Anspielung darauf gemacht. Das kann doch kein Zufall sein!

Einst haben Chruschtschow und auch die Führer, die heute in der Sowjetunion am Ruder sind, fast jeden Tag erklärt, die Sowjetunion könne die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten nicht länger hinausschieben, und sollte man in Bonn nicht wollen, so werde man diesen Vertrag mit der DDR allein unterzeichnen. Sie sagten damals, alles sei dazu bereit, man brauche bloß die Feder in die Hand zu nehmen und die Unterschrift unter den Vertrag zu setzen.

Warum aber haben die Herrschaften diese so große Sache, die eine der Grundfragen der sowjetischen Außenpolitik darstellte, nun plötzlich vergessen? Tatsache ist, daß die heutigen sowjetischen Führer in der Deutschlandfrage und in der Frage des deutschen Friedensvertrages voll und ganz vor Bonn kapitulierten. Sie gaben den „vollendeten Tatsachen“ einfach den Segen, vor welche sie die Westmächte und die Bundesrepublik stellten, nämlich die flagrante Missachtung der Beschlüsse von Jalta und Potsdam, die Leugnung aller Ideale und Ziele, für welche das sowjetische und alle antifaschistischen Völker gekämpft hatten, die Vernichtung aller Hoffnungen, den deutschen Militarismus und Revanchismus, diese ständige Quelle von Kriegen und Aggressionen in Europa, ein für allemal mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Die sowjetischen Revisionisten können niemand weismachen, daß das Abkommen, welches sie mit Bonn unterzeichneten, einen Friedensvertrag mit Deutschland ersetze. Die Frage dieses Friedensvertrages mit Deutschland geht nicht nur die Sowjetunion an. Es handelt sich um eine Schlüsselfrage für alle europäischen Staaten, die gegen den Nazismus gekämpft haben. Hitlerdeutschland wurde von der großen antifaschistischen Koalition zerschlagen und wie mit Italien hätte auch mit Deutschland von allen am antifaschistischen Krieg teilnehmenden Staaten ein Friedensvertrag unterzeichnet werden müssen. Erst der Abschluss eines solchen Vertrages unter Teilnahme aller Staaten der antifaschistischen Koalition kann eine richtige Lösung bringen. Diesen Vertrag kann kein anderes, von wem auch immer abgeschlossenes Abkommen ersetzen.

Die gegenwärtige Haltung der sowjetischen Führerschaft in der deutschen Frage verletzt aufs Schwerste auch die Interessen des deutschen Volkes selbst, dessen Wunsch es war, das Joch des Militarismus und des Revanchismus abzuschütteln und den wirklichen demokratischen und friedlichen Weg der Verständigung und der Zusammenarbeit mit den anderen Völkern Europas zu betreten. Das Abkommen, das die sowjetischen Revisionisten mit Bonn abschlossen, lässt nicht nur diese Interessen der antifaschistischen und demokratischen Kräfte in Deutschland völlig außer acht, sondern bietet den heute in Bonn herrschenden monopolistischen Kreisen Hilfe und Unterstützung, stellt ihnen ein politisches „Leumundszeugnis“ von internationaler Tragweite aus, begünstigt und ermutigt ihren reaktionären revanchistischen und expansionistischen Appetit.

**Die Bildung der DDR war ein markanter Sieg für das ganze deutsche Volk, ein Ereignis von historischer Bedeutung für alle Völker Europas.** Die Anstrengungen, welche die Deutschen selbst, sowie alle antifaschistischen und fortschrittlichen Menschen, alle friedliebenden und progressiven Kräfte der Welt gemacht haben, um die völkerrechtliche Anerkennung der DDR als vollberechtigten Staat, vor allem durch die BRD, aber auch durch die anderen Weststaaten, durchzusetzen, haben gezeigt, daß diese Angelegenheit nach wie vor ein entscheidendes Fundament für die Lösung der deutschen Frage bleibt. Vollkommen mit Recht wurde die Anerkennung der DDR als eine mit der wirklichen Sicherung des Friedens in Europa und mit der Bekämpfung der aggressiven Pläne der imperialistischen Mächte, darunter auch Bonns, eng verbundene Frage betrachtet.

**Die revisionistischen Kreml-Führer haben nun mit dem in Moskau unterzeichneten Vertrag mit Bonn der DDR, ihrer politischen Stellung, ihrem Namen und ihrem internationalen Ansehen den Dolchstoß versetzt!**

Bei den Besprechungen zwischen Moskau und Bonn sowie im eben abgeschlossenen deutsch-sowjetischen Vertrag wird die DDR von beiden Teilen nicht als ein unabhängiger und souveräner Staat behandelt, dem gegenüber niemand berechtigt ist, sich in seine inneren Angelegenheiten einzumischen, sondern als ein Land, über das andere Staaten bestimmen und dem man diesen oder jenen gemeinsamen Beschluss diktieren und aufzwingen kann. **Die DDR wird von den sowjetischen Revisionisten faktisch als ein Handelsobjekt betrachtet, als ein sowjetisches Faustpfand, mit dem die Herren im Kreml machen können, was sie wollen, für sich behalten, verpachten und verkaufen, ihm dieses oder jenes innere- und internationale politische Statut auferlegen, seine Grenzen öffnen oder schließen, usw.**

Bis vor kurzem forderten die sowjetischen Revisionisten noch die vollkommene völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die BRD als Voraussetzung für den Abschluss jeglichen Vertrages mit Bonn. Sie erklärten feierlich, bei den sowjetisch - deutschen Besprechungen könne kein Resultat erzielt werden, falls Bonn nicht auf die Alleinvertretungs-Anmaßung verzichte, falls es nicht seine bisherige Politik der „Vereinigung“ Deutschlands, nämlich der Einverleibung der DDR, verwerfe. Aber von all dem ist im jetzigen Vertrag keine Spur zu finden. Die Moskauer Propaganda sucht diese Kapitulation ihrer Herren zu rechtfertigen, indem sie beteuert, im Vertrag stehe doch, daß

die Partner auch die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR als unantastbar betrachten. Diese allgemeine Bemerkung im Vertrag kann aber die Realität nicht vertuschen.

Es bleibt die Tatsache, daß die Bundesrepublik die DDR nicht anerkennt, daß sie weiterhin den Anspruch erhebt, sie allein vertrete die ganze deutsche Nation, daß sie die DDR bloß als ein Gebiet betrachtet, das vorübergehend außerhalb ihrer Grenzen geblieben sei, daß aber wohl die Zeit kommen und sich die Wege finden würden, sie wieder in den Schoß des Vaterlandes „zurückzuführen“.

Diese politische Linie und offizielle Haltung der Bundesregierung zur DDR haben die sowjetischen Revisionisten öffentlich akzeptiert, indem sie als offizielles Dokument und als Zusatz zum Vertrag die Note annahmen, die Bonn am 12. August der sowjetischen Regierung übermittelte und in welcher der so genannte „deutsche Wunsch“ ausgedrückt wurde, für die „friedliche Wiedervereinigung“ Deutschlands zu „arbeiten“.

Tatsache bleibt auch, daß eben zu der Zeit, da die sowjetischen Revisionisten den westdeutschen Führern die größten Zugeständnisse machen, die anderen imperialistischen Mächte mit den USA an der Spitze sich zwar herabließen, die DDR zur Kenntnis zu nehmen, jedoch weiterhin Bonns Haltungen und Absichten ihr gegenüber bis zuletzt verteidigen.

Dieser ganze offensichtliche Kuhhandel hinter den Kulissen Moskaus und Bonns zeigt, daß die DDR von den sowjetischen Revisionisten feilgeboten wird. Ob sie sie, ihre Rechte leugnend, sie missachtend und erniedrigend, stückweise oder im Ganzen verkaufen werden, das hängt noch von verschiedenen Umständen ab. Tatsache ist aber, daß die Kreml-Führer, während sie den „Wünschen“ aller Bonner Revanchisten sehr entgegenkommen, sich den Wünschen der DDR und des ganzen deutschen Volkes gegenüber als höchst gleichgültig erweisen.

Im sowjetisch-deutschen Vertrag wird zwar nichts davon erwähnt, die westdeutschen Führer haben aber offen davon gesprochen, daß die sowjetische Regierung sich verpflichtet hat, die „besonderen Rechte“ Bonns in Westberlin anzuerkennen. Einige haben sogar mitgeteilt, daß die sowjetischen Revisionisten nunmehr akzeptiert haben, Westberlin als Bestandteil der Bundesrepublik zu betrachten. Darüber hinaus haben die sowjetisch-revisionistischen Führer offenbar die Aufgabe übernommen, die DDR zu weitgehenden Zugeständnissen in der Frage Westberlins zu zwingen, zu Zugeständnissen, die unmittelbar die Integrität und die Souveränität der DDR berühren. Das ist ein weiterer Verrat der sowjetischen Revisionisten am deutschen Volk und eine offene Ermutigung der revanchistischen Zielsetzungen Bonns. Die Bedeutung des sowjetisch-deutschen Vertrages liegt nicht so sehr in dem, was mit ihm im Moment erreicht worden ist, sondern in seinen späteren internationalen Folgen, in den Wegen, die er für die aggressiven Pläne des sowjetisch-revisionistischen Imperialismus und des deutschen Revanchismus bahnt: Im Zentrum Europas wird eine neue Allianz von Imperialisten geschaffen, entsteht eine neue Achse, die früher oder später neuen „Raum“ verlangen wird zum Schaden der Lebensinteressen der anderen Völker, des Friedens und der Sicherheit in Europa.

Ziel des Vertrages ist es, die Einflussbereiche der Großmächte zu legitimieren und zu sichern, diesen im Voraus das Recht auf Intervention bzw. das Versprechen

zugestehen, jedem in seinem Bereich freie Hand zu lassen.

Zwar wird im Vertrag die „Unantastbarkeit der Grenzen“ erwähnt, gemeint sind damit aber die Grenzen der Einflussbereiche, da ja die anderen Grenzen sowieso unter der Drohung der Panzer der NATO bzw. des Warschauer Paktes stehen.

Von welcher Art der „Unantastbarkeit“ der Grenzen kann denn schon die Rede sein unter Bedingungen, da die sowjetischen Revisionisten ihren Satellitenländern gegenüber die Politik der „begrenzten Souveränität“ betreiben, und andererseits den USA auf Grund des Nordatlantikpaktes gestattet ist, in die inneren Angelegenheiten der Partner einzugreifen, so oft sie der Meinung sind, irgendwo sei eine Gefahr für deren

„politische Unabhängigkeit“ oder deren „Sicherheit“ entstanden? Kann denn von einer „Unantastbarkeit“ der Grenzen die Rede sein, wenn fremde Truppen, sowjetische und amerikanische, in vielen Ländern Europas stationiert sind und das Recht haben, dort ein und auszugehen, ohne sich der Kontrolle von Seiten der Regierungen der betreffenden Länder unterwerfen zu müssen? Vor zwei Jahren haben die sowjetisch revisionistischen Truppen die Tschechoslowakei okkupiert. Würden sie denn in einem anderen Fall eine solche Handlung nicht wiederholen, bloß weil sie dabei die „Verpflichtungen“ behindern, die sie im Rahmen des sowjetisch-westdeutschen Vertrags unterschrieben haben?

Im Gegenteil! Der Vertrag macht klar, daß die Deutsche Bundesrepublik den sowjetischen Revisionisten vorläufig freie Hand läßt, jenseits der Elbe so zu handeln wie sie wollen, obgleich die Bonner Revanchisten ihrerseits sich natürlich weiter bemühen werden, das revisionistische Kaiserreich durch „friedliche Evolution“ zu unterhöhlen. Kein Schacher zwischen imperialistischen Wölfen, also auch nicht zwischen den sowjetischen Revisionisten und den deutschen Revanchisten, kann ohne gegenseitige Zugeständnisse zustande kommen: Als Gegenleistung für die Anerkennung der sowjetisch-revisionistischen Vorherrschaft im Osten sichert sich Bonn daher von Moskau die Unterstützung seiner wirtschaftlichen und politischen Expansion im westlichen Teil Europas.

Daher haben bürgerlichen Zeitungen des Westens ganz offen und die Erklärungen politischer Persönlichkeiten indirekt, die Befürchtung zum Ausdruck gebracht, daß die im Vertrag verankerte und damit gefestigte sowjetisch-westdeutsche Zusammenarbeit dem Bonner Staat die Möglichkeit geben wird, außer der wirtschaftlichen auch die politische Überlegenheit im Gemeinsamen Markt zu gewinnen, und allmählich zur vorherrschenden Kraft in diesem Räume zu werden. Sie spüren, daß Bonns „Neue Ostpolitik“ und die gründliche Änderung in der Haltung der sowjetischen Regierung zum deutschen Problem der Stärkung des deutschen Revanchismus und den expansionistischen Plänen der sowjetischen Revisionisten dienen. Sie spüren, daß die sowjetisch-westdeutsche Zusammenarbeit direkt ihre nationalen Interessen und die Interessen des Friedens in Europa antastet. Vorläufig gehen sie aber nur so weit, Bedenken und Sorgen zu äußern. Obwohl die Geschichte, der nicht allzufernen Vergangenheit gezeigt hat, daß der deutsche Militarismus niemals auf halbem Wege stehen bleibt, bzw. die Okkupation der Tschechoslowakei keinen Zweifel mehr bezüglich der Pläne der sowjetischen Revisionisten läßt, glauben die machthabenden bürgerlichen Kreise in Europa, daß der deutsche und der sowjetisch-revisionistische aggressive Drang eingedämmt werden könne mit einigen politischen Manövern oder mit der Spekulation auf die zwischen ihnen bestehenden Widersprüche. So glauben beispielsweise viele Politiker im Westen, daß der

aggressiven sowjetisch-deutschen Zusammenarbeit mit der Aufrechterhaltung des amerikanischen Einflusses und der amerikanischen Positionen in Westeuropa entgegengetreten werden könne; andere erhoffen die Möglichkeit, dieser Gefahr zu entgehen, vom Abschluss eines allgemeinen Abkommens über die „europäische Sicherheit“, in dem sich die Staaten formell verpflichten sollten, einander zu respektieren. So oder so würde dadurch in Europa aber die Herrschaft der beiden imperialistischen Großmächte in ihren Einflussbereichen sanktioniert und ihnen die Möglichkeit gelassen werden, auf die kleineren, wirtschaftlich und militärisch schwächeren Länder einen Druck auszuüben. Andererseits würde keinerlei formelles Abkommen imstande sein, ohne Ergreifung effektiver Maßnahmen die deutsche Expansion aufzuhalten.

Eine „europäische Sicherheit“, die nicht gegen den amerikanischen Imperialismus und nicht gegen den sowjetischen Revisionismus gerichtet wäre, die nicht den deutschen Revanchismus bekämpfen würde, würde nicht die Sicherheit Europas, sondern dessen Versklavung sein.

Die sowjetischen Revisionisten schlagen jetzt einen großen Propagandalärm, um ihr Abkommen mit Brandt als einen wichtigen Beitrag zur „Sicherheit Europas“ hinzustellen. Das ist eine freche Irreführung, ein großer Schwindel. Mit solchen Losungen wollen sie die Aufmerksamkeit der Völker Europas von der tatsächlichen Lage der Dinge auf ihrem Kontinent ablenken, sie wollen damit die gefährliche Situation vertuschen, die durch ihr imperialistisches Regime in Osteuropa und durch ihre aggressiven Machenschaften in anderen Teilen der Welt entstanden ist.

Unter „europäischer Sicherheit“ verstehen sie nur ihre eigenen Interessen, die Sicherung der Ruhe in ihrem Hinterland, die Sicherung ihres Rückens und ihrer Flanken in Europa, um ihre Kräfte nach Asien zu richten und gegen andere Gebiete, die in ihren aggressiven Plänen inbegriffen sind.

Das deutsch-sowjetische Abkommen passt in mehrerer Hinsicht auch mit Washingtons Globalpolitik zusammen. Genau so wie die sowjetischen Revisionisten wollen auch die US-Imperialisten ihre gegenwärtigen Stellungen in Europa konsolidieren, die „Ruhe“ auf diesem Kontinent und den Frieden mit den hier wirkenden Imperialisten bewahren, um ihre Kräfte nach Asien zu verlegen, wohin ihre Aggression und Expansion derzeit hauptsächlich zielt. Die „Entschärfung“ bzw. Regulierung der deutschen Frage auf der Basis zumindest des gegenwärtigen Status quo passt den beiden imperialistischen Weltmächten ins Konzept und entspricht den derzeitigen Erfordernissen ihrer auf Weltherrschaft gerichteten Strategie. Das zwischen Moskau und Bonn abgeschlossene Abkommen berührt nicht die bestehenden Einflussbereiche in Europa, im Gegenteil, es legitimiert sie sogar. Darüber hinaus bahnt es den Weg zur Beseitigung der amerikanisch-sowjetischen Konfrontation in Deutschland und in Europa, die im Verlauf der geschichtlichen Entwicklung entstanden ist, jedoch jetzt, unter den Bedingungen der sowjetisch-amerikanischen Allianz, eine Last wird, die ihre gemeinsamen aggressiven Pläne behindert.

Es darf daher für die Völker Europas keinen Platz für Illusionen geben. Sie dürfen keineswegs zulassen, daß sie dem Propagandarummel der sowjetischen Revisionisten, der



Brandt und Scheel und ihrer amerikanischen Partner erliegen. Sie dürfen nicht den Kapitulanten und jenen glauben, welche die trügerische Hoffnung verbreiten, daß die sowjetisch-westdeutsche Annäherung und das jetzige Abkommen echte Entspannung bringen und wirklich die Kriegsgefahr in Europa bannen könnten.

Die Geschichte hat es so nachdrücklich bewiesen, daß es sich fast erübrigt, noch einmal zu betonen, daß die Versöhnung mit dem deutschen Revanchismus und das Nachgeben ihm gegenüber für die Völker Europas eine Katastrophe wäre.

Viele Politiker der Vergangenheit haben sich bemüht, die Aggressoren von ihren Ländern abzulenken, indem sie ihnen gegen andere Länder, gegen den Osten freie Hand ließen, ihnen dazu sogar noch Hilfe und Unterstützung gaben. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß die Aggressoren sich nicht die geringsten Sorgen um die „europäische Zivilisation“ machten und in erster Linie gerade Europa verwüsteten. Auch die neuen Aggressoren, ob US-Imperialisten, sowjetische Revisionisten oder andere, werden zweifellos vorerst Europa zu unterwerfen trachten, seinen Völkern die nationale Freiheit und Unabhängigkeit rauben und jede revolutionäre und demokratische Bewegung hier zu erdrosseln suchen. In der Tat ist die Berufung auf die so genannte „europäische Sicherheit“ nur Deckmantel des Strebens der amerikanischen Imperialisten und der sowjetischen Revisionisten, eine solche knechtende „Befriedung“ Europas zu erreichen. Auf unserem Kontinent kann der Frieden niemals losgelöst von der internationalen Lage, niemals isoliert von dem betrachtet werden, was um uns geschieht. Wie kann es in Europa eine Sicherheit geben, wenn im Nahen Osten, die Aggression weitergeht, wenn die amerikanischen und sowjetischen Truppen in allen Teilen Europas ihre Militärstützpunkte und Kriegsbasen haben, wenn ihre Schlachtschiffe drohend im Mittelmeer kreuzen, wenn die amerikanischen Aggressoren die Flammen des Krieges über die ganze indochinesische Halbinsel verbreitet haben, wenn die sowjetischen Imperialisten China mit einem Feuerring umzingeln und den Krieg gegen dieses Land vorbereiten?

Die Brandherde des imperialistischen Krieges haben sich schon früher überaus rasch vermehrt und verbreitet, sie tun das erst recht heute, da alle Entfernungen zusammengeschrumpft sind und die Isolation des einen Weltteils von den übrigen praktisch unmöglich geworden ist. Der einzige reale Rettungsweg für die europäischen Völker

ist es, sich gegen den amerikanischen Imperialismus, gegen den sowjetischen Revisionismus und gegen den deutschen Revanchismus in einer antiimperialistischen Front zu vereinigen, um den „Einflussbereichen“ und den anderen Formen der imperialistischen Vorherrschaft über die europäischen Länder ein Ende zu bereiten.

Das sowjetisch-deutsche Abkommen wird, allen Bemühungen seiner Urheber zum Trotz, ihre Widersprüche beizulegen und daraus imperialistische Vorteile zu schlagen, niemals die von ihnen erwünschten Ergebnisse zeitigen. Sicherlich, dieses Abkommen wird einige Wunden der sowjetischen Revisionisten und der deutschen Revanchisten heilen helfen, es wird zugleich aber neue Wunden aufreißen, nicht kleinere und nicht weniger schmerzliche. Der Abschluss des Vertrages wird unvermeidlich das Eindringen des westdeutschen Imperialismus in die revisionistischen Länder verstärken, was Moskaus Einfluss auf sie zwangsläufig schwächen wird.

Bisher diente den sowjetisch-revisionistischen Führern der deutsche Revanchismus als

Argument für Maßnahmen zur Verstärkung ihrer Herrschaft in den Satellitenländern, für die Stationierung ihrer Truppen in diesen Ländern, für die Vergrößerung von deren wirtschaftlicher Abhängigkeit usw.

**Werden die sowjetischen Führer die revisionistischen Cliques dieser Länder jetzt aber noch hindern können, dem nachzueifern, was sie selber so hemmungslos tun, nämlich auch ihrerseits die Brücken zu Westdeutschland und zum Westen überhaupt zu erweitern? Muss dies aber nicht den Einfluss der sowjetischen Revisionisten schwächen, werden sich dadurch nicht die zentrifugalen Kräfte in ihrem Machtbereich mehren und werden auf dieser Basis nicht neue Reibungen und Konflikte entstehen?**

Nach der sowjetisch-westdeutschen Annäherung wird es auch in Westeuropa neue Entwicklungen geben. Das Erstarken Bonns wird unvermeidlich auf den Widerstand seiner anderen Partner stoßen, auf den Widerstand all jener, welche die deutsche Vorherrschaft fürchten. Auch wird die Tatsache, daß Bonn bald anfangen wird, so aufzutreten, wie es sich das aufgrund seiner stärkeren Stellung und seiner gestiegenen Kraft in Westeuropa zumutet, Beunruhigung erwecken. Die Bedenken, die das Abkommen schon jetzt in gewissen Kreisen von Paris, London, Washington und anderswo auslöste, sind dafür symptomatisch.

**Zwischen den Imperialisten gibt es fortwährend Widersprüche, die niemals aufhören, sondern zunehmen und sich vertiefen.**

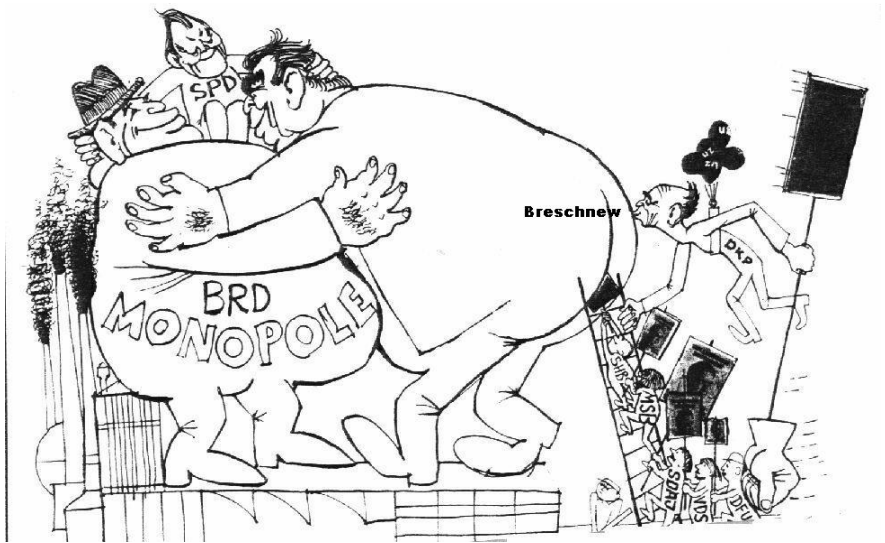
Ein jeder Teil sucht die eigenen Positionen nicht nur zu bewahren, sondern sie zum Schaden der anderen auszubauen. Jeder solche Schritt der einen Seite hat daher Gegenmaßnahmen der anderen Seite zur Folge.

Vorläufig haben die US-Imperialisten im allgemeinen gegen die Öffnung Westdeutschlands zum Osten hin nichts einzuwenden, schon weil das die Sowjetunion sowohl politisch als auch ökonomisch schwächen wird. Andererseits bedeutet das aber unweigerlich ein Erstarken Westdeutschlands, das als Hauptpartner der USA in der NATO und als die Hauptschlagkraft dieses Paktes, auch mit amerikanischer Unterstützung seine wirtschaftliche, politische und militärische Macht weiter steigern wird. Unter solchen Umständen aber wird der deutsche Imperialismus seine Hände nicht einfach in den Schoß legen, er wird seine Kraft zunehmend gebrauchen, um jemand anderen zu verdrängen. Das heißt, es gibt auf weitere Sicht auch keinerlei Garantie dafür, daß die westdeutschen Imperialisten den US-Imperialisten immer gestatten werden, in Westeuropa die erste Geige zu spielen. Neue Situationen werden entstehen, die Wege zu Gegenmaßnahmen und zu Zusammenstößen werden sich öffnen, und wir können in weiterer Zukunft Zeugen von vorläufig nicht vorherzusehenden Ereignissen werden.

Was das albanische Volk betrifft, verurteilt es das neue imperialistische Abkommen zwischen Bonn und Moskau auf das Entschiedenste und brandmarkt es als ein Komplott, das gegen die Souveränität aller Staaten Europas und gegen die Völker der ganzen Welt gerichtet ist. **Als aktiver Streiter im Kampf gegen den Nazismus wird das albanische Volk nach wie vor für die richtige Lösung der Deutschland-Frage kämpfen, es wird entschieden und prinzipienfest die souveränen Interessen der DDR verteidigen.** Nach wie vor wird es den Kampf aller, europäischen Völker für die tatsächliche Verteidigung

des Friedens und für wirkliche Sicherheit in Europa, den Kampf gegen die heimtückischen Komplote der Imperialisten aller Sorten und Schattierungen, ob amerikanische Imperialisten, sowjetische Revisionisten oder deutsche Revanchisten, entschlossen unterstützen.

\*\*\*



# **Brandt läßt nicht ab von einer Rückkehr zu den Grenzen des Deutschen Reiches**

Kommentar von Radio Tirana, 26. Juni 1971

Die modernen Revisionisten, ob die sowjetischen, westdeutschen u.a., haben sich keine Gelegenheit entgehen lassen, um sich in Lobeserhebungen für den Sozialdemokraten Brandt, für seine Politik zu ergehen. Brandt und seine Partei werden uns so hingestellt, als ob sie sich der breiten Unterstützung der Massen erfreuen. Brandts Politik wird als realistisch ausgegeben, als eine Politik, die die Interessen des deutschen Volkes, insbesondere der antifaschistischen und demokratischen Schichten zum Ausdruck bringt. Brandts Realismus - nach den modernen Revisionisten - beruht in der Tatsache, daß er den nach dem 2. Weltkrieg geschaffenen Zustand gut erkennt und in der Folge die Grenzen, die in Europa nach dem Kriege hergestellt wurden, anerkennt.

Die Illusionen aber, die die modernen Revisionisten über die Natur des Sozialdemokraten Brandt, seine Partei und seine Regierung verbreiten möchten, entbehren jeglicher Grundlage: Die alltägliche Realität, ja sogar selbst die Erklärungen, die Kanzler Brandt von Zeit zu Zeit abgibt, beweisen uns, daß letzterer für keinen einzigen Augenblick von Traume abgelassen hat, dem man sich in Bonn gleich nach Beendigung des 2. Weltkrieges hingab, nämlich über die Rückkehr zu den Grenzen des Deutschen Reiches, für die Bildung Großdeutschlands.

Seit dem Beginn dieses Jahres hat es Brandt einige Male schon klargemacht, daß die gegenwärtige Situation für Bonn nicht als endgültig betrachtet werden kann. Anlässlich des 100. Jahrestages der Gründung des Deutschen Reiches, dessen erster Kanzler Otto von Bismarck war, hatte Brandt bekanntlich erklärt, daß seine, d.h. Bismarcks Tätigkeit und Erfolge lebendige Vorbilder bleiben, die uns daran erinnern, daß nur die klugen und tapferen Handlungen und nicht das inaktive Warten uns den uns gesteckten Zielen näher bringen können.

Bismarck hat mit Blut und Schwert die demokratische und revolutionäre Bewegung im Lande unterdrückt und mit derselben Methode brachte er die Vereinigung Deutschlands, die Annektion einer Reihe nichtdeutscher Gegenden zustande. Das ist also das, was Brandt im Kern verfolgt. Was man ihm aber lassen muß: Brandt hat in seinen Erklärungen über Bismarck das Augenmerk darauf gelenkt, daß die Methode Bismarcks für die Vereinigung der deutschen Lande nicht als ein Modell für das heutige Deutschland dienen kann.

Brandt betrachtet also Bismarck als einen Lehrer bei den Zielen, die er zu erreichen wünscht; er verlangt aber die Anwendung von neuen Methoden. Und diese Wahrheit machte er dieser Tage noch klarer: Während seines Besuches in Washington, wo er erklärte "niemand" - darunter meinte er auch sich selbst - "ist mit der gegenwärtigen Aufteilung Europas bzw. mit den nach dem 2. Weltkrieg gezogenen Grenzen zufrieden. Aber „jedermann, der sich bemühen sollte, diese Grenzen mit Gewalt zu ändern, würde ein gefährlicher Irrsinniger sein“.

Brandt spricht heute von anderen Methoden der Vereinigung und keineswegs von Feuer

und Schwert, wie seinerzeit Bismarck. Man darf aber dabei keinen Augenblick vergessen, daß die Ausgaben für die Verstärkung und Modernisierung der Bundeswehr niemals eine derartige Höhe in der BRD erreicht haben, wie jetzt unter der Führung des Landes von Seiten der Sozialdemokraten. Der Trend der Geschehnisse in Westdeutschland zeugt davon, daß der Realismus Brandts oder seine neue Politik nur in Funktion des Vorganges der Militarisation und Faschisierung des Landes, der aggressiven und revanchistischen Politik des heutigen Bonns, stehen. Es gibt mehrere Tatsachen, die davon zeugen. Es genügt, wenn wir erwähnen, daß Westdeutschland heute mit seinem Militärpotential das Hitlersche Deutschland an der Schwelle des 2. Weltkrieges weithin überholt hat, und daß es die 2. Stelle in der westlichen kapitalistischen Welt nach den USA einnimmt. Und es ist verständlich, daß all das keineswegs für eine luxuriöse Parade erfolgt. Brandt ist, genau wie Adenauer, Erhardt und Kiesinger, ein Vertreter der Monopolbourgeoisie an der Macht, und er verteidigt die Interessen dieser Bourgeoisie, sowohl was die Außenpolitik, als auch was die Innenpolitik anbelangt. So können wir ruhig sagen, daß Brandt im Kern nach denselben Zielen auf dem Gebiet der Außenpolitik jagt, wie auch seine Vorgänger an der Macht. Hierbei ändert sich nur die Taktik. Der Sozialdemokrat Brandt findet keinen Gefallen dabei, den Lärm der modernen westdeutschen Waffen vor aller Welt hören zu lassen, weil er dadurch rasch vor der deutschen und Weltöffentlichkeit bloßgestellt würde. Seine Strategie ist die der kleineren behutsamen Schritte: Als Anfang will er nur Westberlin haben. Berlin ist aber nicht das Ziel an und für sich und auch nicht das Endziel der Strategie der kleinen Schritte Brandts: Die gesamte westdeutsche Reaktion fordert auf der politischen Ebene einstimmig die Einverleibung Westberlins, um ihre Behauptung zu demonstrieren, daß sie die ganze deutsche Nation vertritt, und auf strategischer Ebene fordert sie dies, um mit dem Ausgangspunkt von Berlin aus die Annexion der DDR zu realisieren, d.h. in der Praxis das, was sie will, zu verwirklichen: Nämlich daß ganz Deutschland von den Bonner Machthabenden vertreten werde. Während Brandt heute offen Berlin anfordert, wandert er ohne lärmvolle Erklärungen auch in Richtung des weiteren Schrittes, den er zu unternehmen beabsichtigt. Der Lärm wird um Westberlin geschlagen; in aller Ruhe aber, bei den Beziehungen zu den modernen Revisionisten, bewerkstelligt er die Isolation der DDR.

So bereitet er die Voraussetzungen für deren Einverleibung vor, für den 2. Schritt in Richtung Osten. Was das übrige anbelangt, begnügt er sich momentan nur mit dem Ausdruck seiner Unzufriedenheit, was Nichtbilligung seinerseits der Nachkriegsgrenzen bedeutet. Aber er fordert keine gewaltsame Änderung; er droht nicht. Aber sollte er es durchsetzen, die Grenze bis zur Oder zu verschieben, d.h. sollte er die DDR einverleiben, wenn die Grenzlinie also nicht mehr in Westberlin, sondern an der Oder sich entlangziehen wird, dann wird Brandt oder irgendeiner seiner eventuellen Nachfolger, wer auch immer, beginnen, sich erneut heiser zu schreien über die Ungerechtigkeiten, die an der deutschen Nation verübt worden sind und über die Richtigstellung dieser Ungerechtigkeiten mit jedem Mittel, um die Grenzen des Deutschen Reiches unbedingt wiederherzustellen.

Ein solcher Vorgang ist sicher. Dazu führt die Strategie der kleinen Schritte, und davon liefern die jüngsten Erklärungen Brandts in Washington einen weiteren Beweis, die die Unzufriedenheit über die gegenwärtige Lage der deutschen Grenzen zum Ausdruck bringen. Die Erklärungen Brandts in Washington zeigen ein übriges Mal, wohin die

westdeutschen Monopole, die heute von der westdeutschen Sozialdemokratie an der Macht vertreten sind, gelangen möchten. Sie zeigen, welche rückschrittliche Kraft die Sozialdemokratie vertritt, welche Interessen sie verteidigt und welchen Zielen sie zustrebt. Andererseits entlarven diese Erklärungen auch die sowjetischen Revisionisten, die Illusionen erwecken möchten, um die Wachsamkeit der Völker vor dem westdeutschen Imperialismus - als der aggressivsten Kraft des Weltimperialismus in Westeuropa - einschläfern wollen. Sowie die Packeleien, die sie gemeinsam mit diesem Imperialismus auf Kosten der internationalen Sicherheit und der Lebensinteressen der europäischen Länder zimmern.

\*\*\*



## **Aus: Enver Hoxha, „Die Supermächte“, Tirana 1986**

DIENSTAG, 12. JANUAR 1971

### **Die sowjetische Politik gegenüber „FREUNDE“**

Ausnahmslos in allen revisionistischen Ländern ist die innere und äußere Situation sehr krank und unbeständig. Von außen ist das nicht sichtbar, innen jedoch brodeln es, und die Situation bereitet den sich an der Macht befindenden Cliquen vielfältige nationale wie internationale Scherereien, was auch für ihre gegenseitigen Beziehungen untereinander gilt.

Auf internationaler Ebene haben die revisionistischen Länder alles Prestige verloren, genießen nicht das geringste Ansehen und spielen keinerlei sichtbare politische Rolle mehr. Einige „internationale Angelegenheiten“, wie die Unterzeichnung der Verträge mit Bonn bzw. „die europäische Sicherheit“, Dinge, die zum Scheitern verurteilt sind, wurden immerhin von den sowjetischen Revisionisten und den amerikanischen Imperialisten eingefädelt. Die anderen Revisionisten, die Satelliten der Sowjetunion, tun hierbei nichts anderes als „die Trommel zu rühren, ohne daß es etwas zu feiern gäbe“. Ihre Rolle in der internationalen Arena ist einfach die von Schachfiguren. Sie sind nichts anderes als Leute, die der sowjetischen Clique folgen, in ihrem Fahrwasser schwimmen, die nach „Einheit“ mit der Sowjetunion bzw. untereinander schreien, aber heimlich, hinter den Kulissen, dem Imperialismus schöne Augen machen, von ihm Kredite nehmen und sich gleichzeitig wohllosig gegenseitig vors Schienbein treten, denn sie sitzen wie auf einem Vulkan und haben Angst. Um aber an der Macht zu bleiben, brauchen sie die sowjetischen Revisionisten auch.

Die deutsche Frage brennt allen Revisionisten auf den Nägeln, doch sie haben hinsichtlich ihrer Lösung im Kern verschiedene Ansichten. Ganz allgemein und an der Oberfläche stimmen sie alle dem Vertrag zwischen Moskau und Bonn zu, doch in Wirklichkeit gibt es unter ihnen Widerstände. Der hauptsächlichste Widerstand kommt von den deutschen Revisionisten. Er ist eine Folge der Tatsache, daß dieser Vertrag auf dem Rücken und zum Schaden der Deutschen Demokratischen Republik abgeschlossen wurde. Der hauptsächlichste Partner und „Verteidiger“ der Deutschen Demokratischen Republik, die Sowjetunion, unterschrieb diesen Vertrag mit Westdeutschland und anerkannte dessen Stellung gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika und den anderen Verbündeten Westdeutschlands innerhalb und außerhalb der NATO — natürlich nur de jure, ohne einen Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten zu unterzeichnen —, während die Deutsche Demokratische Republik allein blieb — der hegemonistischen sowjetischen Politik auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Unter diesen Bedingungen hat die Deutsche Demokratische Republik weder im Warschauer Vertrag noch als souveräner Staat die gleiche rechtliche Stellung wie ihre anderen Bündnispartner. Die deutschen Revisionisten sind unzufrieden, doch entspringt diese Unzufriedenheit nicht revolutionären, sondern revisionistischen Positionen. Sie haben in der Frage der Unterzeichnung eines Friedensvertrags mit den beiden deutschen Staaten bzw. für den Fall, daß Bonn nicht will,

allein mit der Deutschen Demokratischen Republik nachgegeben, und das zweite und dritte fatale Zugeständnis besteht darin, daß sie die Verträge zwischen Moskau und Bonn bzw. zwischen Warschau und Bonn akzeptiert haben.

Diese beiden Verträge setzen die gesamte Autorität der Deutschen Demokratischen Republik in der internationalen Arena herab und fesseln sie an ihren gegenwärtigen Status als Schachfigur in der Politik der sowjetischen Revisionisten in Europa und in deren Schachereien mit dem amerikanischen Imperialismus und mit Bonn. Für die sowjetischen Revisionisten stellt sich die deutsche Frage nur noch folgendermaßen: Entweder kommt es zu einem einzigen, ihnen gehorsamen Satelliten und auf diesem Weg zu einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten gemäß Moskauer Vorstellungen (was unserer Meinung nach unwahrscheinlich ist), oder die Deutsche Demokratische Republik ist für sie als Satellit nur ein Pufferstaat in einem künftigen imperialistisch-revisionistischen Krieg.

Die Gomulka-Clique dagegen brachte durch die Unterzeichnung des Vertrages mit Bonn über die

Oder-Neiße-Grenze — die ja in Wirklichkeit gar keine Grenze zwischen Polen und der BRD, sondern einzig und allein zwischen Polen und der DDR ist — klar zum Ausdruck, daß sie die Deutsche Demokratische Republik nur als einen vorübergehenden Staat ohne Zukunft betrachtet. Sicherheit für Polen gibt es nur in Bonn. Die polnischen Revisionisten können nicht an den Sozialismus glauben, sondern vertrauen lieber auf die Macht der Verträge, die sie gemeinsam mit ihren Bonner Kollegen unterschrieben. Brand und Gomulka sind von gleicher Art. Auch Breschnew und Kossygin gehören mit dazu, denn diese beiden berühmten Verträge wurden von ihnen gemeinsam gemacht.

Beide Verträge müssen noch von Bonn ratifiziert werden, welches dafür natürlich noch weiter gehende Zugeständnisse verlangen wird. Bei diesen geht es um die international rechtswirksame Sicherung (offizielle Anerkennung durch die Deutsche Demokratische Republik) der Zugangswege nach Westberlin und um die Öffnung der Mauer, dergestalt, daß die Deutsche Demokratische Republik für Bonn zum Taubenschlag wird, in dem Bonn ungehindert aus und ein gehen, seinen Geschäften nachgehen und seine Pläne, die Deutsche Demokratische Republik zu schlucken, verwirklichen kann.

In welchem Maße werden die deutschen Revisionisten diesem Plan Widerstand entgegensetzen und in welchem Maße werden die Sowjetrevisionisten, die gegenwärtigen Oberherren der DDR und Bündnispartner Brands, solidarisch mit diesen Bonner Zielen sein? Werden die Sowjets gegenüber der Ulbricht-Clique die rechten Worte zur Durchsetzung weitergehender, verräterischer Zugeständnisse finden, oder werden sie Ulbricht entmachten und an seine Stelle einen anderen, einen Ergebeneren setzen?

Die ostdeutschen Diplomaten haben unseren Diplomaten gesagt: »Die Politik der Partei der Arbeit Albaniens gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik ist die einzig richtige, wir sind mit ihr einverstanden, können aber nicht entsprechend handeln, uns liegt der Strick um den Hals«.

Die Zeitungen der Deutschen Demokratischen Republik behandeln die Bonner als Revanchisten und als die gefährlichste imperialistische Macht in Europa, als die Speerspitze des amerikanischen Imperialismus, während die anderen Revisionisten das Gegenteil sagen. Die Sowjets und die Polen tauschten mit Brandt Küsse. Ulbricht,  
Seite 16



Ceausescu, Schiwkoff, die Tschechen und die anderen erhalten Kredit auf Kredit von Bonn.

Natürlich sehen diese revisionistischen Verräter in der Politik der Sowjetunion gegenüber Bonn eine Politik der »Ruhe und Sicherheit«, damit sie von der Bundesrepublik Deutschland Hilfen und Kredite erhalten. Sie haben die Grundsätze mit Füßen getreten und haben es soweit kommen lassen, daß sie ihre Völker, mehr noch, daß sie auch die Interessen der Deutschen Demokratischen Republik, verraten.

Diese muß sich den Interessen der anderen unterwerfen, die Interessen einer jeden Clique im einzelnen dagegen genießen Vorrang vor dem allgemeinen Interesse, weil dieses für sie keinerlei prinzipiellen Wert mehr hat, sondern lediglich nach den jeweiligen Umständen, nach dem Gang der Konjunktur berücksichtigt wird.

Unter diesem Blickwinkel betrachtet, ist die Situation in der Sowjetunion äußerst trüb, sehr kritisch für die machthabende revisionistische Clique. Sie sieht sich auf dem Weg, auf den sie das Land und die Partei gebracht hat, zahllosen, kapitalen, für sie unlösbaren Schlüsselproblemen gegenüber.

Der Verrat am Marxismus-Leninismus nach Stalins Tod ist die Ursache für diese, in jeder Hinsicht katastrophale gegenwärtige Lage. (...)

\*\*\*

## **Für ein sozialistisches Deutschland!**

Unter Verwendung der „Erklärung des ZK der KPD/ML zur nationalen Frage, 1974“

Die Besonderheit, die die Deutsche Bundesrepublik, die DBR, wie auch die Deutsche Demokratische Republik, die DDR, gemeinsam hatten, die sie aber von all diesen Ländern unterschied, war die willkürlich herbeigeführte Teilung Deutschlands in zwei Staaten einer Nation; war die Besetzung durch die Truppen ausländischer imperialistischer Mächte und ihre Bindung an verschiedene, aggressive, militärische Bündnissysteme, die unter der Oberhoheit der US-Imperialisten stehende NATO und den von dem sowjetischen Sozialimperialismus beherrschten Warschauer Pakt.

### **Der nationale Verrat der deutschen Monopolbourgeoisie**

Schon immer hat die deutsche Monopolbourgeoisie die nationalen Interessen des deutschen Volkes verraten. Um ihre verlorene Macht so schnell wie möglich wieder zu errichten, war sie nach dem II. Weltkrieg zu jedem Zugeständnis bereit. Da sie sich nicht mehr imstande sah, ganz Deutschland ihrer kapitalistischen Herrschaft zu unterwerfen, sabotierte sie mit Hilfe des USA-Imperialismus das Potsdamer Abkommen, sprengte sie die Einheit der Nation, löste sie Westdeutschland aus dem Nationalverband der Deutschen heraus und unterwarf es den Interessen des amerikanischen Imperialismus.

In ihrem Verrat an den Interessen des deutschen Volkes ging die deutsche Monopolbourgeoisie soweit, in den Pariser Verträgen der Besetzung Westdeutschlands durch Truppen der Westmächte bis zum Jahre 2005 zuzustimmen. Der Anschluß an das imperialistische NATO-Militärbündnis sollte es ihr ermöglichen, unter neuen Bedingungen ihre alte, der deutschen Nation so verderbliche Politik der Aggression, des Krieges fortzusetzen. Gleichzeitig dient die Stationierung fremder imperialistischer Truppen auf westdeutschem Boden diesen als Aufmarschgebiet gegen andere Völker, der deutschen Monopolbourgeoisie aber als Schutz, als letzte Rettung für den Fall, daß ihre Herrschaft durch den bewaffneten Aufstand des Volkes, durch die proletarische Revolution gefährdet wird.

Die Arbeiterklasse der früheren SBZ und späteren DDR führte unter der Führung ihrer damals noch revolutionären Partei im Bündnis mit den anderen werktätigen Klassen und Schichten des Volkes einen konsequenten Kampf für die Einheit der deutschen Nation. Zahlreich waren die Vorschläge der DDR-Regierung für die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie gesamtdeutsche Wahlen und den Abschluß eines Friedensvertrages auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens. Entschieden unterstützte sie den Kampf der westdeutschen und Westberliner Werktätigen für die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens und gegen das Widererstarben des deutschen Imperialismus.

Gleich nach 1945 wurden in der sowjetisch besetzten Zone die Forderungen des Potsdamer Abkommens erfüllt: Die aktiven Nazis wurden bestraft, die Kriegsverbrecher, die Junker, Konzern- und Monopolherren enteignet, die Schulen und Ämter vom braunen Ungeist gesäubert.

1949 entstand auf deutschem Boden der erste sozialistische Arbeiter- und Bauernstaat, auf den sich zum Zeitpunkt seiner Gründung die hoffnungsvollen Blicke des westdeutschen und internationalen Proletariats richteten. Der Übergang zum Sozialismus in der DDR erfolgte keineswegs friedlich. Er erfolgte im harten Klassenkampf gestützt auf die bewaffneten Streitkräfte der Arbeiterklasse und der Roten Armee. Voller Elan gingen die Werktätigen der DDR an den Aufbau ihrer sozialistischen Heimat. Im Jahre 1954 erhielt die DDR im Staatsvertrag mit der Sowjetunion ihre Souveränität. Kaum aber hatte die revisionistische Chruschtschow-Clique im Jahre 1956 in Moskau die Macht an sich gerissen, kaum hatte sie ihren Kuhhandel mit dem USA-Imperialismus zwecks Aufteilung der Welt in Interessensphären begonnen, schränkte sie die Souveränität der DDR ein und befahl über ihre Handlanger in der SED und KPD die Einstellung des Kampfes gegen den USA-Imperialismus in der Bundesrepublik.

### **DDR: Verrat am Sozialismus und der Nation**

Ende der fünfziger Jahre schritt die schon vorher begonnene revisionistische Entartung in der DDR weiter voran. Statt Festigung des Sozialismus Ökonomismus, statt ideologischer Revolutionierung der Massen Bürokratismus und Förderung bürgerlichen Denkens, statt Fortführung des Kampfes um die Einheit der Nation Betteln bei der westdeutschen Monopolbourgeoisie um staatliche Anerkennung.

Die DDR-Regierung erwies sich als treuer Lakai ihrer Herren in Moskau. Stillschweigend nahm sie es hin, als die Breshnew-Revisionisten im Kreml beim Abschluß ihres Moskauer Vertrages mit dem westdeutschen Imperialismus die Forderung auf völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bonner Regierung unter den Tisch fallen ließen und sich beim Abschluß des »Viermächteabkommens über Berlin« 1971 kolonialherrlich anmaßten, über die Souveränitätsrechte der DDR zu bestimmen. Während sie früher das Bestehen einer deutschen Nation nicht leugneten und von der DDR als von einem »Sozialistischen Staat deutscher Nation« sprachen, leugneten sie sodann deren Existenz und sprachen von einer »sozialistischen Nation in der DDR« und einer »kapitalistischen Nation in der BRD«, was nicht ausschließt, sollten es ihre sozialimperialistischen Herren in Moskau befehlen, daß sie eines Tages wieder von einer deutschen Nation sprechen.

Die westdeutschen Imperialisten sprachen zwar von der Nation und der Notwendigkeit der Wiedervereinigung Deutschlands, die sie unter ihrer Herrschaft auf die eine oder andere Art zu erreichen trachten. Entweder im Schacher mit den sowjetischen Sozialimperialisten, der Erpressung, wenn sich diese in verstärkten inneren und äußeren Schwierigkeiten befinden, oder auch militärisch mit dem USA-Imperialismus im Rücken in Ausnutzung einer entsprechenden Situation in der DDR. Deshalb hielten sie auch an ihrem Alleinvertretungsanspruch für ganz Deutschland fest. Deshalb weigerten sie sich auch, die DDR voll völkerrechtlich anzuerkennen.

Wenn die Westdeutschen Imperialisten von Wiedervereinigung sprachen, meinten sie nur die Ausdehnung ihres Herrschaftsbereichs auf die DDR, meinten sie die Zurückgewinnung ihrer verloren gegangenen Güter, Fabriken und Banken.

**Die KPD/ML wandte sich entschieden gegen diese konterrevolutionäre, den Interessen der Supermächte dienende Politik der modernen Revisionisten. Sowenig wie ein Kamel durch ein Nadelöhr geht, sowenig werden die imperialistischen Großmächte ihr Streben nach Hegemonie aufgeben, werden sie zu einer echten internationalen Entspannung und Abrüstung bereit sein.**

**Die KPD/ML trat für die volle diplomatische und politische Anerkennung der DDR ein. Mit dieser Anerkennung könnte eine rasche Einverleibung der DDR durch den WD-Imperialismus ein Riegel vorgeschoben werden.**

Das deutsche Volk wünschte die nationale Einheit. Es wünschte ein unabhängiges Deutschland, ein Deutschland, in dem keine amerikanischen und keine sowjetischen Panzer rasseln, in dem kein Dollar die Inflation treibt, in dem keine amerikanischen Konzerne und keine sowjetischen »Kooperationsverträge« die Arbeiter zusätzlich ausbeuten. Das deutsche Volk wünschte ein vereintes und friedliches Deutschland, von dessen Boden aus nie wieder Kriegsbrandstifter vom Schlage der Krupp, Thyssen, Flick und Konsorten einen imperialistischen Raubkrieg entfesseln können.

Wenn wir Marxisten -Leninisten von der Nation sprechen, gehen wir von folgender Bestimmung aus: Eine Nation ist eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart.

Wer davon sprach, daß die deutsche Nation nicht mehr existiert, daß es zwei deutsche Nationen gibt, unterschätzte die Stabilität der Nation. Auch nach der Teilung sprechen die Deutschen in Ost und West noch immer dieselbe Sprache, nämlich die deutsche. Dasselbe gilt für das zweite Merkmal, die Gemeinschaft des Territoriums. Dadurch, daß man gewaltsam eine Grenze mitten durch Deutschland gezogen hat, hat sich nichts daran geändert, daß das deutsche Volk auf einem kompakten Territorium im Zentrum Europas lebt. Zwar wurde die Gemeinschaft des Wirtschaftslebens weitgehend unterbrochen, die DBR in den Wirtschaftsblock der EWG, die DDR in den RGW eingegliedert.

Die Schwierigkeiten, die sich aus der Spaltung Deutschlands ergeben haben, sind nichts anderes als ein Ausdruck der Tatsache, daß die getrennten Gebiete Deutschlands Teile eines zusammengehörenden Wirtschaftskörpers darstellten. Auch an der psychischen Wesensart der Deutschen, mit all den Vorteilen und guten Eigenschaften wie auch ihren Schwächen und Fehlern, die ihnen eigen sind, hat sich hüben wie drüben wenig geändert. Die Geschichte hat bewiesen, daß Nationen nicht so rasch verschwinden. Jahrhundertlang war Polen in zwei, drei Teile zerrissen, ohne daß die Polen ihren Charakter als Nation verloren hätten.

Wer behauptet, daß die deutsche Nation nicht mehr existiert, unterstellt der Nation ein fünftes Merkmal, das eines einheitlichen, abgeordneten Nationalstaates. Das aber führt in

der Praxis unvermeidlich zur Rechtfertigung der nationalen, imperialistischen Unterdrückung. Diese Theorie führt dazu, die unterdrückten und nicht vollberechtigten Nationen, die keine eigene abgesonderten Nationalstaaten besitzen, glattweg als wirkliche Nationen zu verleugnen, und das Recht daraus abzuleiten, diese Nationen zu unterjochen. Das heißt, indem die Machthaber der DDR von zwei abgesonderten deutschen Nationalstaaten sprachen, haben sie auch hier ganz klar die Prinzipien des Marxismus-Leninismus verraten und sich auf die Position der imperialistischen Unterdrücker gestellt. Die ganze Schamlosigkeit ihres Verrats an der Nation kommt auch darin zum Ausdruck, daß sie z.B. bemüht waren, aus ihrer Nationalhymne die Worte »Deutschland einig Vaterland« verschwinden zu lassen, indem sie das Singen dieser Textzeilen unterbanden.

### **Charakter der bürgerlichen Nation**

Wenn wir Marxisten-Leninisten die Frage der Nation aufwerfen, die Frage des Kampfes um die Existenz der deutschen Nation, so können wir sie nur sehen und lösen im Rahmen unserer historischen Epoche. Wenn wir von Nation und Nationalismus sprechen, müssen wir einen Unterschied machen zwischen dem Nationalismus, dem Chauvinismus, der andere Völker unterdrückt, und dem Nationalismus, dem Patriotismus der unterdrückten Völker, die gegen die nationale Unterdrückung kämpfen. Die Nationen, die in der Frühepoche des Kapitalismus entstanden sind, sind bürgerliche Nationen. Ihre spezifischen Merkmale sind:

1.) daß sie keine soziale Einheit darstellen, sondern durch Klassenantagonismen zerrissen sind, daß eigentlich, wie Lenin vor dem ersten Weltkrieg sagte, jede Nation aus »zwei Nationen« besteht, nämlich der Bourgeoisie und dem Proletariat, und daß die Losung von der Einheit der Nation in diesem Rahmen nur dazu dient, die Klassegegensätze zu vertuschen, die Arbeiterklasse von der Erkenntnis ihrer eigenen Klassenlage abzulenken;

2.) daß ihre Ideologie der Nationalismus, die Feindschaft gegen andere Nationen ist, die der Bourgeoisie als Mittel zur Durchsetzung ihrer ökonomischen Interessen dient, der Nationalismus, der in der Erweiterung des Territoriums der eigenen Nation durch Annexion fremder nationaler Territorien, im Mißtrauen und Hass gegen fremde Nationen, der Unterdrückung nationaler Minderheiten und der Einheitsfront mit dem Imperialismus seinen Ausdruck findet;

3.) daß die nationale Kultur, Bildung, Wissenschaft, Kunst nicht Angelegenheit der ganzen Nation, der Volksmassen werden kann, sondern sich im wesentlichen auf die herrschenden Schichten beschränkt;

4.) daß das Schicksal der bürgerlichen Nation untrennbar mit dem Schicksal des Kapitalismus verbunden ist.

Der Charakter der sozialistischen Nation, das heißt, wo der Kapitalismus gestürzt wird, wo das Proletariat die politische Macht erobert und im Aufbau des Sozialismus die Überreste des Kapitalismus liquidiert, dort verschwindet auch die bürgerliche und entsteht die sozialistische Nation.

## **Die Merkmale der sozialistischen Nation sind:**

1.) Das Proletariat unter der Führung seiner kommunistischen Partei wird zur leitenden Hauptkraft der neuen, sozialistischen Nation, die Nation wird zur größtmöglichen Einheit. In dieser Periode ist die zwar besiegte, aber noch nicht vernichtete Bourgeoisie der erbitterteste Feind der Nation und jederzeit zum Verrat an ausländische Imperialisten bereit. Immer behält sie noch die Hoffnung auf Restauration ihrer Herrschaft und diese Hoffnung verwandelt sich in Versuche der Restauration.

2.) Die Freundschaft der Völker untereinander, die sich durch die Beseitigung der nationalen Unterdrückung und all ihrer Reste, durch die freie Entwicklung aller, auch der kleinsten Nationen herausbildet. Die Ideologie der sozialistischen Nation ist der Proletarische Internationalismus.

3.) Daß die nationale Kultur, und nicht nur die neugeschaffene sozialistische Kultur, sondern auch das fortschrittliche klassische Kulturerbe zum Gemeingut der ganzen Nation, des ganzen Volkes werden. Zum erstenmal wird die Kunst wirklich eine Angelegenheit des ganzen Volkes.

Das setzt natürlich die Liquidierung des Analphabetentums, das gerade bei den unterdrückten Nationen noch weit verbreitet ist, voraus. Erst sie ist die Voraussetzung, Wissenschaft und Kunst und das ganze kulturelle Gut der Nation den Massen nahezubringen.

Dazu ist weiter notwendig, daß die Menschen, angefangen beim Schulkind bis über die Erwachsenenbildung, lernen, die Geschichte ihres Landes, die Ergebnisse kulturellen Schaffens zu verstehen und zu überblicken.

4.) Das Schicksal der sozialistischen Nation ist mit dem Schicksal des Sozialismus verbunden. Das heißt einerseits, so wie der Sozialismus nicht auf einer Stelle stehen bleibt, sondern sich entwickelt, so entwickelt sich in entsprechender Weise auch die sozialistische Nation, bis sie schließlich als Einzelnation verschwinden wird. Dieses Verschwinden wird aber frühestens in der Periode des Sieges des Sozialismus im Weltmaßstab beginnen und auch dann noch infolge der Stabilität der Nationen eine ganze Weile dauern. Das heißt andererseits, wenn es wie in der Sowjetunion zu einer Entartung kommt, wird die sozialistische Nation beseitigt und es entsteht eine bürgerliche Nation.

Die russische Nation unterdrückte nach der Machtergreifung der Chruschtschowianer die anderen Nationen und Nationalitäten der Sowjetunion und verwandelte ihren Staat in ein Völkergefängnis sie übte ihre Herrschaft auch über die anderen Nationen Osteuropas wie Polen, Ungarn, Bulgarien, die Tschechoslowakei und einen Teil der deutschen Nation aus. Die modernen Nationen stellen das Produkt einer bestimmten Epoche dar, der Epoche des aufsteigenden Kapitalismus. Die Epoche 1789 bis 1871 war die des fortschrittlichen Kapitalismus, als auf der Tagesordnung der Geschichte die Niederringung des Feudalismus, des Absolutismus, die Abschüttelung des fremden Jochs stand. Nur in ihrer Jugend, ihrer Aufstiegsperiode ist die Bourgeoisie eine nationformende Kraft.

## **Die Entstehung des deutschen Nationalstaates**

Der deutsche Nationalstaat tritt mit der Annexion Elsaß-Lothringens und der schmachvollen Unterdrückung von Millionen Polen in den östlichen Provinzen Preußens ins Leben. 1871 war die preußisch-deutsche Bourgeoisie weder jung noch unschuldig. Als die deutsche Nation ihre staatliche Hülle anlegte, da war dies schon kein Nationalstaat mehr, sondern ein Nationalitätenstaat, dessen Herren sich von Anfang an mit der Unterdrückung nationaler Minderheiten im eigenen Land befleckten.

Gesättigt und gestärkt durch den Milliardenstrom der französischen Kriegsentschädigung, eröffnete die deutsche Bourgeoisie Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts mit ihrer Kolonialpolitik ein neues, dunkles Kapitel der Völkerunterdrückung.

Hier liegen auch die Wurzeln des unechten und pervertierten Nationalbewusstseins, das zeitweilig breite deutsche Volksmassen bis in die Reihen der Arbeiterklasse hinein erfasste und auch heute noch nicht restlos überwunden ist. Statt eines echten Nationalstolzes, der seine Legitimation von den großen schöpferischen Leistungen des deutschen Volkes, seiner Künstler, Philosophen, Wissenschaftler, seiner großen Volksbewegungen und -kämpfe der Vergangenheit herleitet, entstand jener widerwärtige Hurra-Patriotismus der Bourgeoisie, der die militärischen Erfolge der letzten Jahre zu Kopf gestiegen waren. Der Bourgeoisie, die nicht nur mit der absolutistischen Willkür Bismarcks ihren Frieden gemacht hatte, sondern ihm und dem Kaiser nun siegestrunken und servil nachlief. Als Gegenstück zu dieser innerpolitischen Bauchrutscherei entwickelte sie einen unverschämten Hochmut gegenüber anderen Völkern, in denen man nur die geschichtsgewollten Adjutanten des Deutschen sah, die der germanischen Herrenrasse zu dienen hätten. Diese Ideologie brauchte später von Hitler nur aufgegriffen und weiterentwickelt zu werden. Heute tritt uns dieser entartete bürgerliche Nationalismus in der nach wie vor imperialistischen Großmachtspolitik der deutschen Monopolbourgeoisie entgegen, die die weniger entwickelten Länder und Völker lediglich als Ausbeutungsobjekte, als billige Arbeitssklaven betrachtet. Er tritt uns entgegen in der bürgerlichen Presse, ihrer Hetze z. B. gegen die arabischen Völker, »wir sind fleißig, alle anderen sind faul«. In der Methode, Feindschaft zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern zu säen, in der Bezeichnung von ausländischen Kollegen als »Kanaker«, »Itakern«, »Kümmeltürken« usw. In den diffamierenden Ausländergesetzen, in der Verweigerung der gleichen Rechte für ausländische Kollegen, des Wahlrechts, des Rechts sich politisch zu organisieren, des Wohnrechts usw., wie auch der Verweigerung des Zutritts in Lokalen besonders für Farbige.

## **Die nationale Frage in der Phase des Imperialismus**

Mit dem Ende des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71 ist die Schwelle erreicht, in der durch den Beginn der imperialistischen Phase des Kapitalismus die nationale Frage in einem ganz neuen Licht erscheint. Mit der gemeinsamen Niederschlagung des Pariser Proletariats durch die preußischen und französischen Armeen endet die Epoche, in der der Feudalismus zu Grabe getragen wird, in der alle antifeudalen Klassen an der Erringung der nationalen Unabhängigkeit teilnehmen. Es beginnt eine neue Epoche, eine Zeit, in der die unerhört rasche Konzentration der Produktion und Zentralisation des Kapitals einsetzt,

kapitalistische Großbetriebe zu Konzernen und Trusten zusammenwachsen, die Welt zwischen einigen Großmächten aufgeteilt wird und diese Aufteilung schließlich, so um die Jahrhundertwende, vollendet ist.

In dieser Phase führt die Bourgeoisie der Großmächte nicht mehr Kriege, um ihren nationalen staatlichen Zusammenschluß zu erreichen oder zu verteidigen, sondern im Gegenteil, um die Unabhängigkeit anderer Nationen, anderer Völker zu vernichten. Die Serie von Kolonialkriegen, die der deutsche Imperialismus in den achtziger, der amerikanische in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts beginnt, die Kolonialpolitik des britischen und französischen Imperialismus, die gemeinsame Aktion der Großmächte zur Aufteilung Chinas - all dies sind nackte imperialistische Aktionen und Raubkriege. Mit dem Eintritt des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium hat sich innerhalb der führenden Klasse, der Bourgeoisie, eine Wandlung vollzogen. Die Macht ist endgültig an eine kleine Gruppe größter Kapitalisten, der sogenannten Finanzoligarchie, übergegangen, die die ganze übrige Gesellschaft beherrscht, dieser ihren Willen diktiert und endgültig reaktionär geworden ist. Das heißt, daß diese Bourgeoisie nicht mehr in der Lage ist, die führende Rolle innerhalb der Nation zu spielen. Das heißt allerdings nicht, daß die Bourgeoisie tatsächlich die Führung in der nationalen Frage abgibt. Nur ist sie nicht mehr fähig die Nation zu führen, das heißt, es kann unter der Herrschaft der Bourgeoisie keine Vorwärtsentwicklung der Nation mehr geben. Die Bourgeoisie hört auf, selbst die nationalen Interessen der bürgerlichen Nation zu vertreten, sie predigt den Kosmopolitismus, sie geht zum nationalen Verrat über, um ihre Klasseninteressen zu schützen. Dafür gibt es zahlreiche Beispiele: Die Rolle der französischen Bourgeoisie, die 1871 ganz offen die Interessen der Nation verriet, um die Pariser Kommunisten niederzuschlagen; die Rolle der russischen Bourgeoisie, die nach der Oktoberrevolution die Interventen ins Land rief, um ihre Privilegien und Profite zu retten; die Rolle der deutschen Bourgeoisie 1918, die sich im Bündnis mit den Sozialdemokraten den westlichen Imperialisten in die Arme warf, um der sozialistischen Revolution im eigenen Lande zu entgehen, die nach 1945 in Westdeutschland ein gleiches tat, um die Durchsetzung

des Potsdamer Abkommens zu verhindern, das dem deutschen Volk eine günstige Voraussetzung für die Errichtung des Sozialismus geboten hätte.

Das sehen wir auch in Ländern wie z. B. Indonesien, Indien, Brasilien, Chile u. a., wo im Gegensatz zur nationalen die Kompradorenbourgeoisie die nationalen Interessen ihrer Länder verraten, indem sie zum Eindringen ausländischer Kapitalien in die Wirtschaft dieser Länder und zur Abdrosselung ihrer einheimischen Industrien beitragen und sich zur Aufrechterhaltung ihrer reaktionären Klassenherrschaft jederzeit auf die Geheimdienste und Bajonette ausländischer Imperialisten stützen.

### **Die Bourgeoisie kann die Nation nicht mehr führen**

Die Bourgeoisie im imperialistischen Stadium des Kapitalismus ist nicht mehr in der Lage, der Nation ein wirtschaftliches Aufblühen zu sichern. Der Imperialismus ist parasitärer, verfallender Kapitalismus, der nicht mehr in der Lage ist, die Produktivkräfte voll zu entfalten. Das heißt, daß sich die Produktivkräfte der Nation nicht mehr so entfalten, wie es möglich wäre, wenn sie sich frei entwickeln könnten. Die Bourgeoisie ist



immer weniger in der Lage, die Arbeiterklasse voll zu beschäftigen, immer mehr treten neue Perioden der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit auf. Sie ist nicht mehr in der Lage, einen langfristigen wirtschaftlichen Aufschwung zu erzielen, ständig verschlechtert sich die Lage der Werktätigen infolge von Teuerung und Inflation, durch Arbeitshetze und gesteigerte Ausbeutung in den Betrieben. Ständig wachsen die Ausgaben für den Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie wie Heer, Polizei, Justiz. In ihrem Streben nach höchsten Profiten sind die Kapitalisten dazu übergegangen, rücksichtslos die Natur unserer Heimat, die Luft, das Land, Flüsse und Meer zu verseuchen, nehmen sie den vorzeitigen Tod von Millionen Menschen in Kauf.

### **Die Prinzipien der marxistisch-leninistischen Parteien in der nationalen Frage:**

1.) Die Lösung der nationalen Frage für die marxistisch-leninistische Partei ist der proletarische Internationalismus. Marxismus ist unvereinbar mit bürgerlichem Nationalismus, denn dieser Nationalismus bedeutet Feindschaft zwischen Nationen. Der Internationalismus hingegen bedeutet in keiner Weise Gleichgültigkeit gegenüber der nationalen Frage, sondern proletarischer Internationalismus bedeutet Lösung der nationalen Frage auf der Grundlage der Freundschaft und der friedlichen Beziehungen zu anderen Nationen.

2.) Das Prinzip des Rechts aller Nationen auf Selbstbestimmung bis zur staatlichen Losrennung.

3.) Die völlige Gleichberechtigung aller Nationen, der kleinen wie der großen. Die inneren Angelegenheiten jedes Landes müssen durch sein Volk selbst geregelt werden. Alle Staaten und kommunistischen Parteien, ob groß oder klein, müssen ihre gegenseitigen Beziehungen auf den Prinzipien der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten aufbauen.

### **Die Arbeiterklasse muss die Führung der Nation übernehmen!**

Stellen wir fest: die Bourgeoisie in der imperialistischen Phase des Kapitalismus ist nicht mehr in der Lage, die Führung der Nation zu übernehmen. Diese Aufgabe fällt heute - bereits vor der Periode des Sozialismus - der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Vorhutpartei zu. Diese Aufgabe steht durchaus nicht im Widerspruch zu den besonderen Klasseninteressen und Klassenaufgaben des Proletariats; im Gegenteil, die Erfüllung ihrer nationalen Aufgabe erleichtert ihr die Lösung der Klassenaufgabe, die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates in der sozialistischen Revolution.

### **Für ein sozialistisches Deutschland!**

Ein solches Deutschland, geführt von seiner Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Partei, wird die beste Tradition des deutschen Volkes verkörpern.

Ein solches friedliebendes Deutschland wird nie seine Nachbarn bedrohen. Es wird die Sympathien der Werktätigen aller Länder genießen. Ein solches Deutschland wird, gestützt auf seine eigenen Kräfte und im Bündnis mit den sozialistischen Bruderländern jeder Aggression imperialistischer Mächte trotzen. Ein solches Deutschland wird den endgültigen Sieg der Weltrevolution entscheidend vorantreiben.

Es ist die Tragik der deutschen Arbeiterklasse, daß sie in der Vergangenheit, infolge des widerlichen Verrats der deutschen Sozialdemokratie, die sich im 1. Weltkrieg der eigenen imperialistischen Bourgeoisie an den Hals warf, aber auch infolge der Unterschätzung der Bedeutung der nationalen Frage dieser nur ungenügende Aufmerksamkeit schenkte und nicht rechtzeitig (obwohl die KPD im Jahre 1930 und 1952 entsprechende Initiativen ergriff) ihre Aufgabe gegenüber der Nation erkannte. Dadurch überließ sie es der Bourgeoisie, dem deutschen Imperialismus zu gegebener Zeit sich dieser Frage zu bemächtigen und sie für seine revanchistischen, chauvinistischen Ziele zu missbrauchen.

Auch heute gibt es in dieser Frage in der Arbeiterklasse, bei den revolutionären Kräften unseres Landes noch große Unklarheit und Verwirrung. Nicht wenige sonst fortschrittliche Menschen reagieren mit Abscheu oder befremdet, wenn sie Worte wie »Nation«, »Patriotismus«, hören. **Sie vergessen dabei, daß ein und dieselben Begriffe verschiedenen Klasseninhalt haben können.** Daß es neben dem »Hurra-Patriotismus« des Bürger- und Kleinbürgertums den proletarischen Patriotismus gibt.

Hätte das tapfere vietnamesische Volk so lange Jahre im Volkskrieg ausharren können, wenn es nicht von tiefer Liebe zu seiner Heimat, seinem Vaterland beseelt wäre. Nur wer seine Heimat, sein Vaterland liebt wird in der Lage sein, den notwendigen Hass gegen seine Unterdrücker, einheimische und ausländische, gegen jeden Aggressoren zu entwickeln. Wie tief unterscheidet sich der proletarische Patriotismus des Genossen Ho Tsch-minh, der sagte: »Solange mein Volk geteilt ist, kann ich nicht ruhig essen oder schlafen«, von der Haltung der modernen Revisionisten, die die Sache der deutschen Nation, die Wiedervereinigung Deutschlands schamlos verraten hatten.

Als Kommunisten sind wir Internationalisten. Können wir auch gleichzeitig Patrioten sein? Das können wir nicht nur, das müssen wir sogar. Der konkrete Inhalt des Patriotismus wird durch die historischen Bedingungen bestimmt. So gab es im letzten Weltkrieg einen »Patriotismus« der deutschen und der japanischen Aggressoren, und es gab den Patriotismus des chinesischen Volkes im revolutionären Befreiungskrieg gegen den japanischen Imperialismus und den der sowjetischen Völker im Großen Vaterländischen Verteidigungskrieg gegen den Hitlerfaschismus. Den sogenannten »Patriotismus« der japanischen Aggressoren und Hitlers mußten die Kommunisten entschieden bekämpfen. So waren damals echte deutsche Patrioten nicht die deutschen Soldaten, die in fremde Länder einfielen, sondern die kommunistischen Widerstandskämpfer gegen Hitler, die Studenten der »Weißen Rose« bis hin zu einzelnen Männern des 20. Juni, wie dem Grafen Stauffenberg. Sie handelten im Interesse des deutschen wie der vom Hitlerfaschismus überfallenen Völker. Patrioten waren die albanischen Genossen und Werktätigen, die ihr Land mit der Waffe in der Hand gegen die faschistischen italienischen und deutschen Eindringlinge verteidigten, Verräter dagegen die, die sich mit diesen Eindringlingen verbündeten. Deshalb handelten die Bauern der Lüneburger Heide, als sie die britischen Panzer, die Jahr für Jahr ihre

Seite 26

Felder verwüsten, stürmten und deren Sehschlitze mit Lehm verschmierten; deshalb handelt die Bevölkerung der süddeutschen Städte, die sich gegen die amerikanische Besatzerwillkür, die Überfälle und Verbrechen wehrten.

**Gewisse Historiker in Deutschland und außerhalb seiner Grenzen pflegen den deutschen Militarismus, das Großmachtstreben des deutschen Imperialismus mit dem deutschen Volk zu identifizieren. Das ist völlig falsch. Der Ruhm Deutschlands wurde nicht von jämmerlichen Herzögen und Königen begründet, unter denen, wie Karl Marx gesagt hat, Feldweibel, Dummköpfe und Komödianten einander ablösen. Er wurde auch nicht begründet von der Raffgier, dem Profitstreben einiger Bank- und Industriebosse. Den Ruhm Deutschlands hat die deutsche Nation begründet, die, wie Ernst Thälmann mit Recht feststellte, «eine ritterliche, stolze und harte Nation» ist und bleibt.**

\*\*\*

Am 3. Oktober 1990 kam es zum Beitritt der DDR zur DBR. Vorangegangen war eine Massenbewegung gegen das revisionistische Honeckerregime. Der Sturz war unvermeidlich und von den breiten Massen getragen. Der Wunsch nach einer grundlegenden gesellschaftlichen Änderung wurde durch diese imperialistische Wiedervereinigung aber in eine reaktionäre Richtung getrieben. Dieses neue, vereinte Großdeutschland ist ein imperialistischer Staat in dem das Finanz- und Monopolkapital herrscht.

**Für die Werktätigen ist heute ein sozialistisches Deutschland eine Notwendigkeit!  
Für eine sozialistische Revolution – Für den Kommunismus!**

Deine Zeitung:

# ROTER STERN

**KPD/ML**

PSF: 351102  
39034 Magdeburg

[www.kpd-ml.net](http://www.kpd-ml.net)

